

HfM: Ausziehen als Ziel, Anziehen als Aufgabe

Die Hochschule für Musik (HfM) Saar muss saniert werden. Ein Ausweichquartier scheint gefunden. Der AstA befürchtet ein „Rumgependel“ und beklagt die finanzielle Not vieler Studierender. Der Rektor sieht die Attraktivität der HfM dank ihres großen Studienangebots nicht gefährdet. Beide sorgen sich um die nachlassende musikalische Bildung – Eindrücke aus der HfM.

VON CHRISTOPH SCHREINER

SAARBRÜCKEN Seit bald 15 Jahren wird über einen Umbau oder Erweiterungsbau der Saarbrücker Hochschule für Musik (HfM) Saar diskutiert. So viel Zeit ist ins Land gegangen, dass man kaum den Überblick behält, wie viele Kultusminister und HfM-Rektoren seither am Ruder waren. Im Falle HfM konnte (oder wollte) niemand das Ruder herumreißen. Sie ist baulich bis heute ein Sanierungsfall. Eine Hängepartie, der man am besten mit Sarkasmus begegnet. Weshalb Rektor Professor Jörg Nonnweiler schon mal sagt, in den Wänden entdecke man immer mal Rohre, die fast aus dem Archäologiepark Reinheim stammen könnten. Oder Alexandra Raetzler, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, dass die Hochschule „hochwassergefährdet ist, allerdings von Innen“. Wenn wieder mal ein Rohr platzt.

Letzter Stand ist, dass die HfM Saar – womöglich – im Frühjahr 2024 ihr Stammhaus an der „Kulturmeile“ räumt, damit es endlich saniert werden kann. Schon heute ist die HfM (446 Studierende) auf zwei weitere Standorte vis à vis verteilt: die Schillerschule und die Alte Kirche. Als dritter soll dauerhaft das Erdgeschoss im Eckgebäude Bleichstraße hinzukommen (mit einem Aufnahmestudio und zwei Seminarräumen). Als temporäres Ausweichquartier läuft alles derzeit auf einen noch umzubauenden Bürokomplex in der Triererstraße hinaus. „Das wäre eine vernünftige Lösung“, sagt Nonnweiler.

Was dann aus der eigentlichen Heimstätte wird, dem alten Musikonservatorium von 1947 nebst dem missratenen Hanus-Anbau von 1988, entzieht sich der Kenntnis der Hochschule. „Es gibt bislang keine Pläne. Das bleibt ein Überraschungsei“, formuliert es Christine Baus, an der HfM zuständig für Hochschulentwicklung und Qualitätsmanagement. Immerhin werde man, was ein potenzielles Ausweichquartier anbelangt, im zuständigen „MBK“ (Ministerium für



Sanierungsfall Hochschule für Musik: der Eingangsbereich der HfM mit dem alten, ins Jahr 1947 zurückreichenden Hauptgebäude rechts

FOTO: IRIS MARIA MAURER

Bildung und Kultur) jetzt „erstmal mit dem speziellen Bedarf gehen, den wir als Hochschule haben“.

Mit dem jahrelangen Auszug wird die HfM auch ihres Herzens beraubt, des Konzertsaals. Rektor Nonnweiler versucht, es dennoch positiv zu drehen: Man hoffe, dann öfter in der Völklinger Gebläsehalle zu gastieren. Auch mit der Uni gebe es bereits Gespräche. Außerdem sei der jetzige HfM-Konzertsaal sowie so zu klein. Besteht etwa die Chance auf eine Erweiterung? Dazu müsste es erst mal ein Raumprogramm für den Umbau an der Bismarckstraße geben. Die Lehre daraus: Die HfM und ihre Raumprobleme stehen auf der politischen Agenda weit hinten.

Das Ministerium gibt sich zugeknöpft und sieht sich auf SZ-Anfrage derzeit außerstande, in Sachen HfM-Umbau reinen Wein einzugießen, da es derzeit „einen hohen Abstimmungsbedarf betreffend Sanierung und Umbau des HfM-Hauptgebäudes“ gebe. Derzeit? Hätte es den nicht

schon seit mindestens 2011 geben müssen, als bereits ein Siegerentwurf für die HfM-Erweiterung prämiert wurde? Zudem heißt es von Ministeriumsseite, dass der Mietvertrag für das Ausweichquartier noch nicht unterzeichnet sei – nicht mal das.

Auch wenn ihre Qualität nicht mit den baulichen Voraussetzungen steht und fällt, vielmehr mit der Qualität der Lehre, befürchtet der AstA, die Studierendenvertretung, dass die Attraktivität der HfM leide, wenn sie auf vier Standorte zerfleddert werde und das dann „ein einziges Rumgependel“ wird“, wie der Vorsitzende des Studierendenparlaments (StuPa), Timo Seewald, meint. Insbesondere für die Lehramtler, die dann zwischen dem Uni-Campus und vier HfM-Dependancen hin und her tingeln müssten, werde das eine Herausforderung, so die AstA-Vorsitzende Lena Diedrich.

„Für jeden von uns ist es ein Privileg, Musik studieren zu können“, sagen Diedrich, Seewald und Eva Donner vom AstA-Referat für Öva-

fentlichkeit fast in einem Atemzug. Seit Corona habe sich dennoch vieles verändert, umreißen sie eine gesellschaftliche Entwicklung, die allen dreien Sorge macht: Kinder und Jugendliche würden kaum noch gemeinsam Musik machen. Und Musikvereine fielen auseinander. „Da ist durch Corona ganz viel weggebrochen.“ Tat es das nicht schon viel früher? Nämlich durch den jahrzehntelangen Freizeitverlust durch G8. Die Pandemie dürfte den Verfall musikalischer Bildung in Elternhaus und Schule (nicht zuletzt durch fachfremden Unterricht) nur katalysiert haben.

Auch die HfM-Leitung sieht dieses Problem. „Gerade deshalb sind wir ja eine so unverzichtbare Bildungseinrichtung“, ereifert sich Rektor Nonnweiler. Die Lösung sei nicht, Hürden zu senken und der Trivialität zu fröhnen, sondern „allen Gesellschaftsschichten einen Zugang zu Qualität zu geben“. Und den HfM-Studierenden eine größtmögliche Auswahl zu offerieren, die die erhebliche Diversität der musikalischen Berufsbilder im Studienangebot abbilde. Mehr als 30 Studiengänge dokumentieren dies an der HfM eindrücklich. Am Beispiel Klavier macht Nonnweiler klar, wie man gezielte Spezialisierungen fördere: Zwei neue Masterstudiengänge sind hinzugekommen oder werden dies im kommenden Wintersemester tun: Neu ist seit zwei Jahren der viersemestrige Master „Improvisation für Tasteninstrumente“, geleitet von Professor Jörg Abbing (Klavier) und Professor Vincent Dubois (Orgel) und

ab dem nächsten Wintersemester „Liedgestaltung“ (Professor Matthias Wierig).

Stellt man die Gretchenfrage, was das besondere Profil der HfM im großen Reigen der 24 Musikhochschulen sei, betont der Rektor „unsere große Angebotsbreite trotz unserer Kleinheit“. Nicht nur alle Orchesterinstrumente ließen sich hier studieren, erinnert Nonnweiler. Nein, Saarbrücken habe auch einen der innovativsten Schulmusikstudiengänge. Christine Baus nennt „die Neue Musik und die kurzen Wege“. „Kooperationen sind hier leichter, weil es nur eine Musikhochschule gibt“, sagt auch Eva Donner. Networking-Land Saar.

Musikstudierende nach ihren Work-Life-Balance-Ambitionen zu fragen, ist aufschlussreich. Häufig geht für sie Passion vor Pausieren. „Als Orchestermusiker weiß ich immer, dass ich arbeite, wenn andere unterhalten werden“, meint Lena Diedrich. In künstlerischen Studien und Berufen sind die Übergänge

zwischen Arbeit und Freizeit von jeher fließend. Das Gegenteil von Amt eben. Auch deshalb wird die Work-Life-Balance hier oft anders definiert. Dennoch würden sich die Studierenden manchmal wohl wünschen, weniger „Mucke“ (Auftritte bei Hochzeiten, Beerdigungen, Taufen oder in Altenheimen) machen oder weniger Musikschüler unterrichten zu müssen, um über die Runden zu kommen. „Doch die finanzielle Situation vieler ist in den letzten drei, vier Semestern sehr viel prekärer geworden“, erzählt Lena Diedrich.

Anders als früher habe der AstA inzwischen haufenweise Bewerber für seinen kleinen Fonds-Topf, über den jedes Semester zwei, drei Studierende einmalig 500 Euro erhalten – „eigentlich für Meisterkurse gedacht, jetzt auch zum Bezahlen der Miete“, so die AstA-Vorsitzende. Ohne die großzügige Sonderförderung der Ernst-von-Siemens-Musikstiftung zu Coronazeiten, mit der Studierenden an den 43 deutschsprachigen Musikhochschulen mit mehreren Millionen Euro unter die Arme gegriffen wurde, hätten viele ihr Studium aufgeben müssen. Auch die drei AstA-Vertreter, wie sie sagen.

Gefragt, weshalb sie sich im AstA engagieren, antworten Diedrich, Donner und Seewald ganz ähnlich: Weil es wichtig sei. Damit sich Dinge ändern. Weil sie als Lehramtsstudierende (Donner und Seewald dazu mit Doppelstudium im künstlerisch-pädagogischen Profil) noch mehr Luft hätten als Studierende in rein künstlerischen Fächern, die noch mehr zu üben und mehr Konkurrenzkämpfe zu bestehen hätten. Im Gegensatz zu ihren Kommilitonen wüssten sie, „dass wir später einen Job bekommen“, glaubt Diedrich. Zumindest an Grund- und weiterführenden Schulen seien Musiklehrer gefragt, während die Entwicklung an Musikschulen wenig ermutigend sei, schiebt Seewald hinterher.

Das schleichende Aussterben der Hausmusik, die schwindende Sozialisation in Musikschulen, der fachfremde Unterricht in Schulen, der dadurch mitbedingte Wegfall von Schul-Ensembles, die Kommerzialisierung (und mitunter Nivellierung) des Musikgeschmacks und damit das Wegbrechen eines musikalisch vorgebildeten Konzert- oder Opernpublicums: All das ist heute Realität. Damit kein Teufelskreis daraus wird, seien Musikhochschulen essenziell, erklärt Prorektor Professor Jörg Abbing. Nicht zuletzt deshalb, sagt Abbing, sei an der HfM Saar „die Grenze zwischen U- und E-Bereich längst sehr fließend“. Was die HfM-Sanierung angeht, wünschte man sich das Gegenteil: eine klare Grenze zwischen U (wie unterlassen) und E (wie entscheiden). Zugunsten des Letzteren.



AstA-Mitglieder (v.l.): Lena Diedrich, Eva Donner und Timo Seewald FOTO: SCHREINER



Jörg Nonnweiler, HfM-Rektor FOTO: HFM

Du hast keine Chance, also nutze sie!

Das deutsche Hochschulsystem bietet Wissenschaftlern kaum Perspektiven: Nun machen sich 2000 Professoren für die Belange des Heeres der Befristeten stark.

BERLIN/SAARBRÜCKEN (cis) Es ist ein ziemlich beispielloser Vorgang: Am vorvergangenen Freitag präsentierte Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Eckpunkte ihrer Reform des „Wissenschaftszeitvertragsgesetzes“ (WissZeitVG). Diese soll die desolante Lage von wissenschaftlichen Mitarbeitern an Unis und Hochschulen verbessern. Zwei Tage später mussten ihre Staatssekretäre nach einem Entrüstungsturm – maßgeblich von seinerzeit 600, mittlerweile sind es bereits gut 2000 Professoren – klein beigeben: Nun soll alles nochmal auf den Prüfstand.

Worum geht es? Seit zwei Jahren brodelt es wegen des WissZeitVGs an deutschen Hochschulen: Im Juni 2021 starteten drei Wissenschaftler als Reaktion auf die geplante Reform der Befristungspraxis von Doktoranden und Post-Docs die Twitter-Kampagne „#IchBinHanna“, die Zehntausende Tweets von Unterstützern zur Folge hatte. Der Titel spielte auf ein Video des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an,

das anhand der fiktiven Figur Hanna die vermeintlichen Vorzüge der Gesetzesreform zusammenfassen sollte.

Was die Initiatoren kritisierten, wurde durch eine vom BMBF in Auftrag gegebene Evaluation 2022 bestätigt: 84 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter an Universitäten und 78 Prozent derer an Fachhochschulen haben Zeitverträge. Im Bundeschnitt währen sie 18 Monate, an der Universität des Saarlandes immerhin 30 Monate. Günstigstenfalls reißen sie sich aneinander. Mittels solcher Kettenverträge hängen Wissenschaftler über Jahre in der Luft. Wer nach zwölf Jahren noch keine Entfristung erreicht hat (faktisch meist nur auf dem Weg einer Professur zu erreichen), wird, sofern sich keine temporäre Weiterbeschäftigung über Drittmittelstellen findet, nicht selten herausgekegelt: Für den außeruniversitären Arbeitsmarkt sind die Ausgemusterten dann entweder zu alt oder zu qualifiziert. Nicht zu reden von jahrelangen Existenz-Ängsten. Nachdem nun vom BMBF wieder

hasstig zurückgezogenen Referententwurf sollten die Mindestvertragslaufzeiten bei Erstverträgen für Doktoranden (drei Jahre) und Post-Docs (zwei Jahre) betragen. Dazu sollte die Höchstbefristungsdauer für Postdoktoranden von sechs auf drei Jahre halbiert werden. Insbesondere Letzteres löste jetzt mit der Twitter-Initiative „ProfisuerHanna“ eine unerwartete Solidarisierungswelle von inzwischen etwa 2000 Professoren mit den befristeten Mittelbauern aus – auch zwölf Professoren der Universität des Saarlandes beziehungsweise der HTW unterzeichneten den Aufruf.

Der BMBF-Vorschlag sei „eine Verschlimmbesserung der bisherigen Situation durch noch niedrigere Befristungshöchstgrenzen für Post-Docs“, heißt es. „Gleichzeitig speist er Promovierende bei den Mindestvertragslaufzeiten von zweimal drei Jahren nur mit einer unverbindlichen Soll-Regelung ab.“ Die Unterzeichner geißeln das WissZeitVG und die Novellierungsvorschläge als kontraproduktiv. Wörtlich heißt es: „Exzellente

Forschende werden aufgrund dieses Gesetzes nicht mehr eingestellt oder bewerben sich nicht mehr, weil sie nur noch wenige Monate beschäftigt werden könnten. Viele gehen ins Ausland, der brain drain ist immens. Wir erleben die sozialen Auswirkungen seit Jahren in unserer Arbeit: Begabte Forschende ohne Sicherheitsnetz (...) verlassen die Wissenschaft in hoher Zahl. Promovierten sie mit Stipendien, waren sie nicht einmal sozialversichert.“

Die unterzeichnenden Profs legen den Finger in die strukturellen Wunden des Systems. Viele Promovierende und Post-Docs hätten „nur Halbtags- oder Teilzeitstellen und ein erhöhtes Lehrdeputat, zum Teil bis zu zehn Lehrveranstaltungen im Jahr“. Anders als etwa in Frankreich, Dänemark, den Niederlanden oder den USA, wo es auch für Nicht-Professoren ausreichend Festanstellungen gebe, fehlten hierzulande realistische Karrierechancen für wissenschaftliches Personal. Das deutsche Hochschulsystem brauche „deutlich mehr

Dauerstellen in der Breite, nicht nur die circa 15 Prozent unbefristeten Professuren an der Spitze“. Die Fundamentalkritik auf „ProfisuerHanna“ dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass das BMBF seine unausgegorenen Pläne kleinlaut zurückzog.

Unterdessen haben die drei Initiatoren von „IchBinHanna“ (Amrei Bahr, Kristin Eichhorn und Sebastian Kubon) auf der Internetseite „arbeiterwissenschaft“ fünf eigene Vorschläge vorgelegt, um das deutsche Wissenschaftssystem „zum Guten zu reformieren“. Unter anderem fordern sie für Post-Docs mehr unbefristete Stellen neben der Professur, eine vierjährige Mindestvertragslaufzeit für Promovierende und eine Umwidmung von DFG-Mitteln und sonstigen Förderprogrammen des Bundes zur strukturellen Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus.

Die Zahl der Entfristungen an der Universität des Saarlandes (UdS) nimmt nach Aussage von Wissenschaftspersonalrat Patrik Zeimetz zu. Valide Zahlen fehlen allerdings.

Laut einer Zielvereinbarung mit der Landesregierung sollen mittelfristig 60 Prozent aller wissenschaftlichen Stellen entfristet sein. Laut Karoline Jorzyk, Leiterin des Personaldezernats der UdS, lag man 2021 bei rund 40 Prozent. Allerdings entfiel davon die Hälfte auf Professoren. Mit anderen Worten: Stand 2021 war nur knapp jede fünfte wissenschaftliche Stelle im Mittelbau entfristet (18 Prozent).

Mehr Dauerstellen ließen sich Jorzyk zufolge nur durch eine bessere Grundfinanzierung realisieren: Das WissZeitVG „schafft noch keine besseren Karrierewege“. Die von Personalrat Zeimetz ins Spiel gebrachte Variante, dass Professoren zugunsten fach- oder lehrstuhlübergreifender Dauerstellen auf eigene Mitarbeiter verzichten, setzt auf Seiten der Lehrstuhlinhaber eine Selbstlosigkeit voraus, die unrealistisch erscheint.

Produktion dieser Seite:
Christoph Schreiner
Vincent Bauer